Die NATO wird aktuell massiv umgebaut. Doch hinter den Forderungen nach höheren europäischen Rüstungsausgaben und dem behaupteten Ziel von mehr „Eigenverantwortung“ verbirgt sich keine Emanzipation Europas oder Deutschlands von den USA, wie unsere Autorin argumentiert. In diesem zweiten Teil geht es um die transatlantische rüstungsindustrielle Revolution, die europäische Integration der Waffensysteme, die Rolle des Finanzsystems und die Kannibalisierung des zivilen Staates für die Rüstungsindustrie. Eine neue Analyse unserer Autorin **Nel Bonilla**, die wir in vier Teilen veröffentlichen.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260825_NATO_3_Punkt_0_Deutschland_im_transatlantischen_Kaefig_Teil_2_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Teil 2

Die industrielle Krise und die strategische Flexibilität

Was diesen Wandel der NATO im Kern vorantreibt, ist nicht bloß geopolitische Großstrategie, sondern eine materielle Krise innerhalb des imperialen Machtzentrums. Dies zeigt sich allen voran daran, dass die rüstungsindustrielle Basis der USA derart verkümmert ist, dass sie nicht länger in der Lage ist, im Alleingang gleichzeitige und mehrere hochintensive Konflikte oder Zermürbungskriege durchzuhalten. Tatsächlich wurde diese systemische Schwachstelle vom US-Verteidigungsestablishment spätestens seit dem Vietnamkrieg zwar erkannt, jedoch bewusst ausgeblendet, nachdem man den Kalten Krieg letztlich gewonnen und eine Phase unangefochtener Unipolarität betreten hatte. Um jene strategische Flexibilität zu erreichen, die für den Schwenk in den Indopazifik notwendig ist, sieht sich Washington gezwungen, sich auf „verbündete“ industrielle Kapazitäten zu stützen. Diese Notwendigkeit ist allerdings das Produkt seiner eigenen manichäischen Logik (also einer Denkweise, die die Welt in einem strikten Freund-Feind-Schema wahrnimmt), welche die Eindämmung und Kontrolle einer multipolaren Welt als ein existenzielles Bedürfnis betrachtet.

Dieser Zwang wird in strategischen Kreisen der USA offen diskutiert. Das *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) verknüpft in seinem Bericht

Reindustrialization and Great Power Competition (*Reindustrialisierung und Großmächte-Wettbewerb*) vom Juli 2026 die industrielle Kapazität mit der Behebung von Munitionsengpässen. Der Bericht deklariert dies als eine essenzielle Säule der Abschreckung, womit im Kontext der hybriden Kriegsführung spezifisch eine „Abschreckung durch Verwehrung“ (*deterrence by denial*) gemeint ist. Die offizielle US-Strategie spiegelt diesen Schwerpunkt wider und benennt die „Industrielle Zusammenarbeit mit Alliierten und Partnern“ (*Allied and Partner Industrial Collaboration*) als weitere zentrale Säule, um die Massenproduktion ihrer standardisierten konventionellen Waffensysteme auszulagern. Dies wiederum ermöglicht es den US-Produktionslinien, sich auf hochmoderne, proprietäre Technologie zu konzentrieren. Wieder sehen wir hier, wie diese Rollenverteilung die strukturelle Blaupause von NATO 1.0 repliziert.

Diese Dynamik wurde unmittelbar vor dem Ankara-Gipfel als politische Leitlinie formuliert. Der *NATO 3.0 Special Report* der Heritage Foundation vom Juli 2026 skizzierte eine Doktrin der „*Flexible Response 2.0*“ (flexible Antwort 2.0).

Der Bericht argumentiert, dass eine strategische Flexibilität der USA unmöglich sei, solange Washington an die konventionelle europäische Verteidigung gefesselt bleibt. Schonungslos wird darin festgestellt, dass das Erreichen eines BIP-Ziels von zwei Prozent oder fünf Prozent nutzlos ist, wenn Europa Waffensysteme kauft, die weiterhin von den USA betrieben und gewartet werden müssen. Stattdessen fordert der Bericht, dass europäische Investitionen die US-Aktivposten auf dem Kontinent, wie etwa schwere Panzerverbände und Luftverteidigung, physisch ersetzen, um amerikanische Kapazitäten für weltweite Einsätze freizumachen.

Durch diese „*transatlantische rüstungsindustrielle Revolution*“ vollzieht die NATO keine Transformation eines traditionellen Bündnisses, was sie ohnehin nie war, sondern sie kristallisiert stattdessen ihr imperiales Grunddesign zu einem allumfassenden System aus, in dem Geopolitik und Rüstungswirtschaft miteinander verschmelzen. Die daraus resultierende technologische Interoperabilität festigt die Bindungen der Allianz an die USA und dient als Nährboden für eine moderne Symbiose, die eine beispiellose Neugewichtung der bestehenden Rollen erzwingt.

Dabei wird Europa zu einer hyper-integrierten „Fabrik“ umgewandelt, die das Kapital, die Produktionslinien und die konventionelle militärische Masse am Boden innerhalb ihres spezifischen militärischen Operationsraums bzw. Territoriums bereitstellt. Die USA sichern sich als das „Gehirn“ die Kontrolle in ihrer reinsten Form. Sie verdrahten diese gesamte Masse mittels proprietärer Technologie, Cloud-

Architekturen, weltraumgestützter Aufklärung und nuklearer Monopole direkt mit dem US-geführten Kommandoapparat.

Durch die Standardisierung der europäischen Produktionslinien anhand transatlantischer Vorgaben schafft Europa zwar die physische Rüstungsbasis, ordnet sich dabei jedoch strukturell den technischen Standards der USA unter. Im Gegensatz zu früheren Phasen der NATO, die von politischen Absichtserklärungen geprägt waren, zementierte der Ankara-Gipfel – flankiert durch das *NATO Defence Industry Forum* – diesen Wandel von reinen Finanzzusagen hin zur Unterzeichnung konkreter Verträge. Damit ließ der Gipfel das Fünf-Prozent-BIP-Ziel zur Realität echter Produktionslinien werden. Mit dem jetzigen Modell wird die NATO zu einem industriellen Knotenpunkt innerhalb eines umfassenderen US-Netzwerks. Dessen Aufgabe ist es, regionale Gegner in Europa zu zermürben, um dem hegemonialen Machtzentrum globalen Handlungsspielraum zu verschaffen.

Die transatlantische rüstungsindustrielle Revolution

Sowohl auf dem NATO-Gipfel in Ankara als auch auf einer Veranstaltung des *Atlantic Council* in Washington einen Monat zuvor stellte Generalsekretär Mark Rutte Initiativen vor, um das institutionell festzuschreiben, was er als die „*transatlantische rüstungsindustrielle Revolution*“ bezeichnete.

Ein wahres Wunderwerk dieser Revolution ist das *„NATO Engine“*-Rahmenwerk. Es dient als ein grenzüberschreitendes Produktionssystem, das europäische und kanadische Fertigungskapazitäten direkt mit US-Rüstungskonzernen vernetzt, um gemeinsam Luftverteidigungs- und Angriffssysteme zu produzieren. Darüber hinaus „*wurde die Ukraine eingeladen, sich dem Pilotprojekt anzuschließen*“ (das noch bis Dezember 2027 laufen soll), wodurch sichergestellt wird, dass dieses Laboratorium der Zermürbung vollständig in diese Lieferkette integriert bleibt.

Dann gibt es noch die so einladend betitelte *„NATO Front Door“*-Initiative, eine standardisierte, bündnisweite digitale Plattform, die Beschaffungsbedarfe bündelt. Sie ist eine Art Unternehmenskatalog, der den privaten Rüstungsmärkten klare, langfristige „Nachfragesignale“ liefert, damit diese mit entsprechender Planungssicherheit Fabriken errichten können. Interessanterweise werden diese Beschaffungsmöglichkeiten in nicht klassifizierter, für jeden einsehbarer Form aufgelistet, was das Kriegsgeschäft so transparent macht wie einen Wunschzettel beim Online-Shopping. Die „Nachfragesignale“ selbst sind eine faszinierende Lektüre:

– Steigerung der Kampfkraft großer Landverbände,

– Abwehr von Luft- und Raketenangriffen,

– Durchführung effektiver Tiefenschläge (d.h. Angriffe weit hinter der feindlichen Frontlinie),

– Bereitstellung einer schnellen und skalierbaren medizinischen Versorgung und Evakuierung,

– effiziente, zuverlässige und anpassungsfähige Logistik zur Aufrechterhaltung militärischer Operationen.

Jedes Nachfragesignal wird mit einem hilfreichen Unternehmensdossier geliefert. Nehmen wir zum Beispiel die „*Durchführung effektiver Tiefenschläge*“:

> „Stark verteidigte, verstreute und befestigte Hochwertziele auf große Distanzen stellen eine erhebliche Herausforderung für Operationen in den Land-, Luft- und See-Operationsräumen dar. […] Angestrebter Endzustand: Die Alliierten sind in der Lage, Hochwertziele über unterschiedliche Distanzen in abgeriegelten und umkämpften Räumen zur Unterstützung von Luft-, Boden- und Seeoperationen präzise und effektiv zu bekämpfen. Ihre Lösung sollte ganz oder teilweise die präzise, schnelle und exakte Bekämpfung von Zielen ermöglichen. Solche Schläge sollten unbeabsichtigte Auswirkungen auf eigene Kräfte minimieren und durch eine schnelle und unvorhersehbare Zielbekämpfung einen strategischen Vorteil verschaffen. Die Alliierten streben danach, diese Wirkungen mit einer Lösung zu erzielen, die ein optimales Kosten-pro-Treffer-Verhältnis aufweist. Ihre Lösung muss den NATO-Standards für Interoperabilität entsprechen.“

Das „*optimale Kosten-pro-Treffer-Verhältnis*“ – wenn neoliberale Effizienz auf hochmoderne Sprengstoffe trifft. Und wie üblich ist „*Interoperabilität mit der NATO*“ lediglich eine höfliche Chiffre dafür, sich strikt an US-Standards zu halten.

Die nächste Initiative ist PURL (*Prioritised Ukraine Requirements List* bzw. Priorisierte Bedarfsliste für die Ukraine), ein Mechanismus, der schon seit einiger Zeit in Kraft ist. Über PURL greifen die europäischen Verbündeten großzügig in ihre

eigenen nationalen Haushalte, um nach US-Design entwickelte Ausrüstung und Abfangraketen für den sofortigen Einsatz zu kaufen. Dies zementiert ein Geschäftsmodell, bei dem Europa den Ausbau der westlichen Verteidigungslinien finanziert, während Washingtons Rüstungskonzerne die Gewinne einstreichen. Wie ein Artikel des *Atlantic Council* geflissentlich erklärt:

> „PURL wurde als Alternative zu direkten US-Militärhilfslieferungen an die Ukraine eingerichtet, welche die Trump-Administration nach ihrem Amtsantritt im Jahr 2025 zurückgefahren hat. Unter PURL identifiziert die Ukraine ihre Fähigkeitslücken, europäische Staaten und Kanada stellen die Finanzierung bereit, und die US-Industrie liefert die entsprechenden Kapazitäten, in erster Linie Luftverteidigungssysteme."

Interessanterweise haben einige Länder dankend abgelehnt, sich an dieser speziellen Masche zu beteiligen. Frankreich beispielsweise weigerte sich, Gelder für PURL bereitzustellen, und verwies dabei auf seine „strategische Autonomie", anstatt sich einer noch größeren, übermäßigen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu unterwerfen. Die Türkei hingegen beteiligt sich aktiv an PURL – ihrer ambivalenten Außenpolitik zum Trotz.

Zu guter Letzt sind die Alliierten in Ankara davon abgerückt, dass einzelne Länder eigene, miteinander inkompatible Waffensysteme beschaffen. Stattdessen bilden sie nun gemeinsame Beschaffungsblöcke zum Kauf standardisierter Plattformen.

Dies markiert die nächste Stufe der transatlantischen Symbiose von staatlicher und Konzernmacht. Ein Beispiel hierfür ist, dass sich mehrere Verbündete auf den gemeinsamen Kauf schwedischer Saab-GlobalEye-Frühwarnflugzeuge geeinigt haben, um die in die Jahre gekommenen AWACS-Flotten zu ersetzen. Zudem trieben einige Staaten die gemeinsame Beschaffung von Airbus-Tankflugzeugen und hochfliegenden Northrop-Grumman-Drohnen voran. Zwölf Verbündete unterzeichneten eine auf ein Jahrzehnt angelegte, 50,66 Milliarden Dollar schwere Initiative für standardisierte Langstrecken-Angriffswaffen, während durch die *Drone Edge Initiative* bis 2031 über 40 Milliarden Dollar in unbemannte Systeme fließen. Nicht zu vergessen ist, dass es hierbei auch um die gemeinsame Beschaffung von Luftverteidigungs- und Angriffssystemen geht – sowie um den Start neuer Koproduktionsinitiativen zwischen US-amerikanischen und europäischen Rüstungsfirmen, um gezielt hochmoderne militärische US-Schlüsseltechnologien wie

Patriot, Abrams und ATACMS in Europa zu fertigen.

Und natürlich gehen all diese Hardware-Käufe mit der Zusage einher, sie in eine einheitliche, transatlantische digitale Kommando- und Gefechts-Cloud (*command-and-control combat cloud*) sowie in gemeinsame KI-Modelle einzubinden. Mit anderen Worten: Interoperabilität.

Dies ist keine bloße technische Nebensächlichkeit. Eine einheitliche NATO-Cloud diktiert, dass die europäischen Streitkräfte mit US-amerikanischer Software operieren, die von in den USA entwickelten Chips angetrieben wird, die dauerhaft den US-Exportkontrollen unterworfen sind. Wie ich bereits an anderer Stelle dargelegt habe, hat sich diese technologische Fesselung durch Interoperabilität über Jahre hinweg angebahnt; doch was einst ein schleichender, impliziter Prozess war, ist nun offizielle, vertraglich besiegelte Doktrin.

Was die NATO hier bewusst konstruiert, ist ein transatlantisches rüstungsindustrielles Netzwerk, das US-Entwürfe als gemeinsamen Produktionsstandard festlegt. Konkret bedeutet das, dass die Grundlage für nahezu alle Waffensysteme, ob Kampfjets oder Raketen, amerikanische Vorgaben sind, während Europa diese lediglich in Lizenz nachbaut. Es handelt sich hierbei also um ein wahrhaftiges geopolitisches Fabriksystem, bei dem die NATO, und allen voran Washington, den europäischen Kontinent als eine riesige, ausgelagerte Werkshalle betrachtet.

Diese lückenlose Synergie zwischen Wirtschaft und Militär im transatlantischen Raum wirft eine wichtige Frage auf: Wenn das Ziel darin besteht, einen einzelnen Knotenpunkt innerhalb eines größeren globalen Schauplatzes auszurüsten, warum wird das Ganze dann als historische Epoche dargestellt? Warum haben Rutte und mit ihm die NATO und der Atlantic Council den Begriff „*industrielle Revolution*“ gewählt?

Eine „industrielle Revolution“?

Auf den ersten Blick mag es wie bloße rhetorische Übertreibung oder bürokratische Schaumschlägerei von NATO-Funktionären und Strategen des *Atlantic Councils* klingen, diesen institutionellen Wandel als eine „industrielle Revolution“ zu inszenieren. Was also steckt dahinter?

Die Wahl dieses Begriffs ist weitaus entlarvender, als es zunächst den Anschein hat. Der Wandel wird deshalb als „Revolution“ deklariert, weil er eine strukturelle Mutation in der Art und Weise darstellt, wie westliche Staaten mit privatem Kapital, industrieller Produktion und der Gesellschaft als Ganzes interagieren.

In diesem Konzept soll die Ausgabenrichtmarke von fünf Prozent des BIP als dauerhafte makroökonomische Untergrenze dienen, die darauf ausgelegt ist, industrielle Fertigungskapazitäten zu garantieren und eine kontinuierliche Massenproduktion auf Kriegsniveau aufrechtzuerhalten. Die Rüstungsbeschaffung beschränkt sich nicht länger darauf, dass einzelne Regierungen militärische Ausrüstung bei einzelnen nationalen Unternehmen einkaufen. **Stattdessen hat sich die NATO hierdurch in eine makroökonomische Plattform verwandelt, die aktiv private Bankkredite, Kapital aus Pensionsfonds und Staatsverschuldung bündelt und in rüstungsindustrielle Kapazitäten umwandelt.** In der Praxis würde sich diese finanzielle Mobilisierung direkt in der materiellen Infrastruktur der Kriegsführung niederschlagen. Sie bedeutet, den physischen Ausbau von Fließbändern zu subventionieren, mehrjährige Lieferketten für Rohstoffe zu finanzieren, die Forschung und Entwicklung automatisierter Waffenfabriken abzusichern und dauerhafte Lagerbestände an schwerer Munition aufzubauen.

Auf der Ebene der Lieferketten ist das Ziel ein einheitliches, reibungsloses transatlantisches Netzwerk, in dem Komponenten, Software und Munition austauschbar und interoperabel sind. Im Kern würde dieser Prozess ein milliardenschweres Geschäftsmodell institutionalisieren, das auf einer permanenten hybriden Kriegsführung aufgebaut ist. Folglich wird die „Vorneverteidigung“ von einer temporären militärischen Aufstellung in eine unverrückbare Grundlage der industriellen und ökonomischen Organisation der jeweiligen Gesellschaften umgewandelt.

Für Washington ist dies eine überaus bequeme geostrategische Korrektur. Sie erlaubt es den USA, ihren primären strategischen Fokus souverän in den Indopazifik zu verlagern, in dem Wissen, dass der europäische „Knotenpunkt“ gezielt so konstruiert wurde, dass er industriell weitestgehend auf sich allein gestellt operieren kann, strukturell jedoch weiterhin an die strategische Kommandoebene Washingtons gebunden bleibt. Dies führt uns direkt in den Maschinenraum dieser neuen Architektur: das Finanzsystem. Damit eine derartige rüstungsindustrielle Revolution funktioniert, reichen öffentliche Haushalte allein nicht aus; privates Kapital muss umgelenkt werden.

Die finanzielle Ebene

Historisch gesehen wurde Verteidigung fast ausschließlich aus staatlichen Steuereinnahmen finanziert. Privatbanken, Risikokapitalfonds und Pensionsfondsmanager mieden Rüstungswerte in der Regel aufgrund strenger Umwelt-, Sozial- und Governance-Richtlinien (ESG-Mandate). Vor 2026 wurde der Ausschluss des Rüstungssektors vom privaten Kapitalmarkt im Wesentlichen von drei Hauptakteuren vorangetrieben:

Erstens schuf die EU die *EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten*. Obwohl diese Waffen nicht explizit verbot, legte sie strenge Nachhaltigkeitsmaßstäbe fest, die stark implizierten, dass Rüstungsinvestitionen sozial schädlich seien. Dies bedeutete, dass Banken, die in Rüstung investierten, Gefahr liefen, ihre „grünen“ oder „nachhaltigen“ Zertifizierungen zu verlieren.

Zweitens agieren gigantische öffentliche Pensionsfonds (wie der 1,6 Billionen Dollar schwere norwegische Staatsfonds) unter Mandaten, die von ihren eigenen Aufsichtsräten und nationalen Parlamenten erlassen werden. Getrieben vom öffentlichen Druck schrieben diese Gremien Ausschlusslisten in ihre Statuten, die es ihren Vermögensverwaltern rechtlich untersagten, Aktien von Waffenherstellern zu kaufen.

Drittens schufen unabhängige globale Gremien, wie die von der UNO unterstützten Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren (PRI) und große Ratingagenturen (MSCI, Sustainalytics) sogenannte ESG-Bewertungssysteme. Sie vergaben schlechte Nachhaltigkeitsnoten an jede Bank und jeden Private-Equity-Fonds, der militärische Vermögenswerte hielt, und drängten diese Akteure durch solche Stigmatisierungen aus dem Rüstungsmarkt.

NATO 3.0 hat diese Dynamik ins Gegenteil verkehrt und privates Kapital zum primären Motor der militärischen Modernisierung gemacht. Die ESG-Mandate waren ein selbst auferlegter unternehmerischer Ethikkodex, der auf EU-Richtlinien beruhte. Mit diesem Prozess hat NATO 3.0 nun ESG vereinnahmt. **Indem transatlantische Regierungen den Begriff der Verteidigung als ethische Grundvoraussetzung für eine stabile und nachhaltige Gesellschaft neu definierten, lieferten sie Private-Equity-Firmen, Risikokapitalgebern und Pensionsfonds eine politische Deckung, die sie benötigten, um den militärisch-industriellen Komplex mit Privatvermögen zu fluten und militärische Infrastruktur fortan als lukrative, renditestarke Anlageklasse**

zu behandeln.

Das Herzstück dieser Finanzarchitektur ist der *NATO Innovation Fund* (NIF), ein eine Milliarde Euro schweres, multistaatliches Risikokapitalvehikel, das von den teilnehmenden Verbündeten getragen wird. Der NIF bringt Startkapital für Tech-Start-ups, die auf Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Robotik spezialisiert sind. Gleichzeitig versorgt er diese Unternehmen mit organisatorischer Unterstützung, Beratungsdienstleistungen sowie branchenspezifischem Training, damit sie sich auf dem Rüstungsmarkt positionieren können.

Ohne den Finanzjargon bedeutet das, dass der eigentliche Kernmechanismus, der hier wirkt, das sogenannte *De-Risking* (die staatliche Risikoübernahme) ist. Wenn der NIF ein Unternehmen in der Frühphase unterstützt, signalisiert dies privaten Risikokapitalgebern, dass eine bestimmte Technologie für die strategischen Prioritäten des Staates unverzichtbar ist. Für Privatinvestoren löst sich damit die Gefahr eines Totalverlusts auf, denn die NATO als ultimativer, kapitalstarker und krisensicherer Abnehmer steht jetzt am Ende der Lieferkette und garantiert langfristige Verträge. Die Nebenprodukte dieses Systems sind sodann nicht nur immense private Profite, sondern auch erhebliche politische Privilegien und Mitspracherechte für das private Kapital. Indem Finanzeliten die Software, die autonomen Drohnen und die Quantennetzwerke, die das Fundament von NATO 3.0 bilden werden, finanzieren und aktiv mitgestalten, verschaffen sie sich zusätzlichen Zugang zu und Einfluss auf die im Entstehen begriffene Sicherheitsarchitektur im transatlantischen Raum.

Während sogenanntes Venture Capital, also Risikokapital, über den NIF jungen Technologieunternehmen ihr Risiko abnimmt, wird für die physische Reindustrialisierung ein anderes Kaliber von Finanzmotor benötigt: Private Equity, also privates Beteiligungskapital. Allerdings verlangen solche privaten Kapitalgesellschaften für ihre Investitionen vorhersehbare, langfristige Erträge. Aus diesem Grund vermied dieses Beteiligungskapital in der Vergangenheit verteidigungsbezogene Industrien und Fabriken. Die Risiken waren normalerweise viel zu hoch, denn eine Investmentgruppe könnte Millionen Euro für die Modernisierung einer Munitionsproduktionslinie ausgeben, nur damit die Regierung die Bestellung plötzlich storniert, sobald sie einen Friedensvertrag unterzeichnet. Ein abrupter Frieden würde die Investoren schließlich auf ihrem teuren Vermögenswert sitzen lassen.

Die „*NATO Front Door*“-Initiative (NATO-Eingangstür), die auf dem Ankara-Gipfel

eingeleitet wurde, verändert diese ökonomische Gleichung von Grund auf, denn sie umfasst die Vergabe von garantierten Beschaffungsverträgen mit Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren. Diese langfristigen sogenannten „Nachfragesignale“ eliminieren die Unberechenbarkeit geopolitischer Schwankungen. Im Umkehrschluss bedeutet diese Garantie, dass sich die militärische Fertigung von einem riskanten Glücksspiel nun in eine hochgradig vorhersehbare, staatlich abgesicherte Investition verwandelt.

Mit diesen Garantien gewappnet, ist der eigentliche Ablauf denkbar simpel. Private-Equity-Investoren übernehmen bereitwillig etablierte, in die Jahre gekommene Produktionsunternehmen, die ineffizient arbeiten oder veraltete Maschinen verwenden. Über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren pumpen sie Kapital hinein, um diese Fabriken zu optimieren, etwa durch den Aufbau hochmoderner, robotergestützter Produktionslinien. Gleichzeitig wird auf die Einhaltung der NATO-Interoperabilitätsstandards geachtet. Sobald die Fabrik hochrentabel ist, vollzieht die Beteiligungsgesellschaft den Ausstieg (Exit) und verkauft den modernisierten Vermögenswert mit enormen Gewinnaufschlägen an einen der großen Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin oder Rheinmetall.

Diese staatlich konstruierte Nachfrage hat erwartungsgemäß dazu geführt, dass privates Kapital den Sektor der Luft- und Raumfahrt sowie der Rüstung (A&D) regelrecht flutet. Nach Angaben von *Penn Mutual Asset Management*, einer US-amerikanischen Vermögensverwaltung, sind die weltweiten Private-Equity-Transaktionen im Rüstungsbereich auf historische Höchststände geschnellt und erreichten ein geschätztes Volumen von 50,3 Milliarden Dollar, verteilt auf 332 einzelne Deals. Kurz gesagt: Private-Equity-Gesellschaften kaufen aktiv die fragmentierten Überreste der alten Rüstungsbasis auf und schmieden diese zu modernisierten, interoperablen Konglomeraten zusammen, die auf NATO 3.0 zugeschnitten sind.

Das transnationale Fabriksystem: Die Kannibalisierung des zivilen Staates

Durch das Rahmenwerk der „*NATO Engine*“ (der NATO-Motor) werden wir Zeugen der Geburt eines geopolitischen, transnationalen Fabriksystems – ein Phänomen, das wohl bisher beispiellos ist. Anstatt dass nationale Rüstungsunternehmen innerhalb ihrer eigenen Grenzen operieren, werden Produktionslieferketten nun zwangsweise in ein einziges transatlantisches Netzwerk integriert. Eine Fabrik in Deutschland oder der Türkei geht weit über ihre Rolle als rein nationales Gut hinaus; sie wird zu einem standardisierten Montage-Knotenpunkt umgerüstet, der

Bauteile in eine größere, von den USA gesteuerte strategische Maschinerie einspeist. Hier vollzieht sich die Integration und Symbiose des Bunkerstaates auf industrieller Ebene.

Jenseits der Fabrikhallen erzwingt diese Transformation einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, da die Grundannahmen einer Friedensökonomie abrupt demontiert werden. **Das Erreichen eines Verteidigungsziels von fünf Prozent des BIP bis zum Jahr 2035 erfordert eine beispiellose, nicht verhandelbare Umleitung öffentlicher Ressourcen. Wohlstand, Ingenieurstalente und Arbeitskräftepotenziale werden aktiv von zivilen Technologien, Sozialprogrammen und grünen Energieinitiativen abgesaugt und in den rüstungsindustriellen Komplex geschleust.** Folglich wird alles, von der zivilen Infrastruktur bis hin zu kommerzieller Software, zu „Dual-Use“-Zwecken umfunktioniert und den Anforderungen der permanenten Sicherheit sowie der hybriden Kriegsführung untergeordnet. Die Gesellschaft selbst wird gewissermaßen neu konstruiert, um eine auf Jahrzehnte angelegte militärische Aufstellung der Hochgeschwindigkeitsproduktion aufrechtzuerhalten.

Hierin liegt die bittere Ironie dieser speziellen „Revolution“. Die industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts verlieh Großbritannien jene wirtschaftliche Dominanz, die es brauchte, um zum Zentrum eines globalen Imperiums aufzusteigen. Die jetzige rüstungsindustrielle Revolution bewirkt für Europa allerdings das Gegenteil. Sie zwingt den Kontinent zu einer radikalen, nach innen gerichteten Reindustrialisierung – zum Bau gigantischer Fabriken und zur Mobilisierung seiner gesamten Gesellschaft –, nur um am Ende als hocheffizienter, untergeordneter regionaler Knotenpunkt innerhalb der größeren Architektur der strategischen Flexibilität der USA zu enden.

Weit entfernt von einem progressiven Sprung nach vorn, markiert diese Transformation eine geradezu räuberische Neuausrichtung. Anstatt die Gesellschaft zu emanzipatorischen Horizonten zu erheben, kannibalisiert der europäische Kapitalismus seine eigenen zivilen Errungenschaften, um als physischer Amboss für Washingtons globalen geopolitischen Hammer zu dienen.

Diese Dynamik lässt die Grundsatzrede von Mark Rutte auf dem NATO-Gipfel in einem neuen Licht erscheinen:

> „Zu guter Letzt kann keine einzelne Nation und keine einzelne Industrie eine industrielle Revolution im Alleingang vorantreiben. Aber die gute Nachricht ist, dass wir das auch gar nicht müssen. Denn wir haben die NATO. Wir bündeln die Ressourcen, die Technologien und die Industrien von 32 Ländern in ganz Europa und Nordamerika.“

Er hat nicht unrecht. Eine imperialistische industrielle Revolution erfordert riesige Territorien, extrahierte Ressourcen und abhängige Absatzmärkte. Sie erfordert die Integration mehrerer Länder, wenngleich sie letztlich den Interessen und den Entwürfen einer herrschenden Schicht im imperialen Zentrum dient.

Dies führt uns zurück zur geografischen und strategischen Bedeutung von Ankara. Sobald wir diese industrielle Wende einkalkulieren, bekommt die vorherrschende Panik über die „Erschöpfung“ des US-Arsenals im Iran-Krieg, die einen realen materiellen Engpass darstellt, eine neue Bedeutung. Es ist nicht länger nur eine simple Geschichte des amerikanischen Niedergangs. Stattdessen entpuppt es sich als ein gesteuerter Übergang: die Abkehr von einem US-zentrierten Alt-Arsenal hin zu einem NATO-zentrierten, interoperablen Arsenal, wobei militärische Operationsräume wie die Ukraine und Westasien sowohl als Labor als auch als politischer Motor wirken.

Der Hegemon nutzt die Erschöpfung seines eigenen Arsenals als Katalysator für einen radikalen Umbau der gesamten transatlantischen militärisch-industriellen Architektur.

Künftige Munition wird von einer konsolidierten transatlantischen Rüstungsindustrie in Massenproduktion hergestellt, von europäischen Steuerzahlern finanziert und doktrinär in das Kommando- und Kontrollnetzwerk der NATO integriert. Dieses neue Arsenal wird größer, dezentraler und belastbarer sein als das alte Modell. Aber es wird amerikanisch geführt, amerikanisch befehligt und strikt interoperabel mit amerikanischer Technologie bleiben.

Titelbild: www.slon.pics/Magnific

Teil 1 dieser Artikelserie können Sie hier nachlesen.